



HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2026

Plenum

Antrag

Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landtag steht entschlossen an der Seite der iranischen Zivilgesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag steht an der Seite der iranischen Zivilgesellschaft. Erneut gehen mutige Frauen und tausende Menschen in vielen Städten im Iran auf die Straße, um gegen das gewaltsame und islamistische Mullah-Regime zu protestieren. Sie kämpfen für Freiheit, Gleichberechtigung und den Sturz des Regimes. Der Landtag verurteilt die brutale Gewalt, mit der das Regime versucht, die Proteste niederzuschlagen. Die protestierende Zivilgesellschaft steht einem schwer bewaffneten Regime gegenüber, das keine Hemmungen hat, die eigene Bevölkerung zu massakrieren. Die Protestierenden sind darauf angewiesen, dass der Druck auf das Mullah-Regime auch von außen höher wird. Deshalb müssen auch die Landes- und Bundesregierung an der Seite der Menschen im Iran stehen und handeln.
2. Der Landtag solidarisiert sich mit den in Hessen lebenden Iranerinnen und Iranern, die sich um ihre Familien im Iran sorgen. Er drückt allen sein Beileid aus, die Angehörige und Freunde verloren haben.
3. Der Landtag bringt seinen Respekt vor dem Mut der Protestierenden zum Ausdruck. Die Proteste haben alle gesellschaftlichen Schichten erreicht; sie gehen gemeinsam auf die Straße. Mit einer Internetsperre hat das Regime über Tage versucht, diesen Mut unsichtbar zu machen und zu verhindern, dass Bilder und Videos nach außen dringen. Trotz der Massaker auf den Straßen, haben die Menschen nicht aufgehört zu protestieren. Das Regime hat seine Strategie angepasst und veröffentlicht Bilder seiner eigenen Grausamkeit, um Protestierende abzuschrecken. Die internationale Gemeinschaft muss hinsehen. Internationale Organisationen müssen unterstützt werden, die Verbrechen zu dokumentieren und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.
4. Der Landtag ist überzeugt, dass nur durch entschlossenes Handeln die Situation der Menschen im Iran verbessert werden kann. Es ist unsere moralische Pflicht, unsere Stimme für die Unterdrückten zu erheben und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Er fordert deshalb die Landes- und Bundesregierung auf, alle möglichen diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel einzusetzen, um das Mullah-Regime zu isolieren und den Druck auf dieses zu erhöhen. Die Landes- und Bundesregierung müssen die massive staatliche Gewalt gegen die iranische Zivilgesellschaft klar verurteilen. Sie müssen sich dafür stark machen, dass iranische Diplomaten aus der EU ausgewiesen, die EU-Sanktionen gegen das Regime in Teheran ausgeweitet und die iranischen Revolutionsgarden als Terrorgruppe gelistet werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Menschen, die vom iranischen Regime aufgrund der Proteste oder ihres Kampfs für Freiheit und Menschenrechte politisch verfolgt werden, in Hessen Schutz zu gewähren und einen sofortigen, bundesweiten Abschiebestopp auf den Weg zu bringen. Es ist nicht hinnehmbar, Menschen in diese unsichere Situation abzuschieben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. Januar 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)